



II-2855 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT
GZ: 10.930/78- I A 10/91

WIEN, 1991 07 02
1012, Stubenring 1

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg.z.NR Gratzner und
Kollegen, Nr. 1131/J vom 16. Mai 1991 betreffend
Disziplinarverfahren

An den Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

1103 IAB
1991 -07- 11
zu 1131 IJ

Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Gratzner und Kollegen haben
am 16. Mai 1991 an mich eine schriftliche parlamentarische
Anfrage mit der Nr. 1131/J gerichtet. Diese Anfrage beehre
ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu den Fragen 1 - 8:

Bei der Disziplinkommission im Bundesministerium für Land-
und Forstwirtschaft wurden von 1988 bis zum jetzigen Zeit-
punkt 23 Disziplinaranzeigen erstattet. In 16 Fällen wurde
von der Disziplinkommission ein Einleitungsbeschluß gefaßt;
in 7 Fällen wurde beschlossen, kein Disziplinarverfahren
einzuleiten. Eine Prüfung sämtlicher Disziplinaranzeigen in
Richtung der in Ihrer Anfrage vorgenommenen Fragestellungen
ist aus Gründen eines unzumutbar hohen Verwaltungsaufwandes
nicht möglich.

-2-

Es kann auch seitens des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft nicht festgestellt werden, welche konkreten Disziplinarverfahren mit dieser parlamentarischen Anfrage überhaupt angesprochen werden.

Weiters ist festzuhalten, daß gemäß § 102 Abs. 2 BDG 1979 i.d.g.F. die Mitglieder der Disziplinarkommission und der Disziplinaroberkommission in Ausübung ihres Amtes selbständig und unabhängig sind. Gemäß § 123 ff BDG in Verbindung mit der vorzitierten Bestimmung ist ein Disziplinarverfahren ab dem Einlangen der Disziplinaranzeige jeglicher Einflußnahme durch den Ressortminister entzogen. Sofern sich ein Bediensteter durch Beschlüsse dieser Kommissionen beschwert erachtet, steht ihm der Rechtszug bis zum Verwaltungsgerichtshof offen.

Eine Beantwortung konkreter Fragen ist demnach nur nach Befassung der zuständigen Disziplinarsenate unter strikter Einhaltung des Datenschutzgesetzes möglich, da solcherart Einzelheiten des Verfahrens durch Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Ich darf schließlich feststellen, daß kein Fall bekannt ist, wonach ein Beamter aus der Einleitung eines Disziplinarverfahrens einen Nachteil erlitten hätte.

Der Bundesminister

